



Prot. Nr. AM/DF/32.01.05/133817

Bozen, 09.03.2009

Bearbeitet von:
Doris Fleischmann
Tel. 0471 417593
Doris.Fleischmann@schule.suedtirol.it

An die Direktorinnen und Direktoren
der Grundschulsprengel, Schulsprengel,
der Mittel- und Oberschulen

An die Schulgewerkschaften

Mitteilung

**Sonderurlaub gemäß Artikel 42, Absatz 5 des Legislativdekretes Nr. 151 vom 26. März 2001
Freistellungen gemäß Artikel 33, Absatz 3 des Gesetzes Nr. 104 vom 5. Februar 1992**

Sehr geehrte Schulführungskräfte,

werte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Schulsekretariaten,

1. Sonderurlaub gemäß Artikel 42, Absatz 5 des Legislativdekretes Nr. 151 vom 26. März 2001

Artikel 42, Absatz 5 des Legislativdekretes Nr. 151 vom 26. März 2001 sieht einen Sonderurlaub für Eltern von Kindern mit Beeinträchtigung vor, wenn für diese Kinder Anspruch auf die Freistellungen gemäß Art. 33 des Gesetzes Nr. 104/1992 besteht, was mittels entsprechender Erklärung seitens der „Kommission für Feststellung der Zivilinvalidität“ zu belegen ist.

Sind die Kinder, für deren Pflege der Sonderurlaub beantragt wird, volljährig, so müssen sie in Familiengemeinschaft mit dem Antragsteller oder der Antragstellerin leben (gilt nicht für minderjährige Kinder). Ist die Bedingung der Familiengemeinschaft nicht erfüllt, so muss der Grundsatz der fortwährenden und ausschließlichen Betreuung gewährt sein. Das bedeutet, die Pflege muss andauernd und regelmäßig erfolgen, und es dürfen keine weiteren Personen eventuelle Freistellungen im Sinne des Gesetzes Nr. 104 oder denselben Sonderurlaub für die betreffende Person mit Beeinträchtigung genießen. Nach neuerer Interpretation kann die zu betreuende Person selbst bestimmen, wen sie unter den Anspruchsberechtigten für die Pflege benennt, unabhängig davon, ob in der Familiengemeinschaft der zu betreuenden Person mit Beeinträchtigung andere Mitglieder leben, die keiner Arbeit nachgehen bzw. die Pflege übernehmen könnten.

Der bezahlte Sonderurlaub steht im Höchstausmaß von zwei Jahren als persönliches Höchstausmaß für den Antragsteller oder die Antragstellerin und als Höchstausmaß pro Person mit Beeinträchtigung für alle Anspruchsberechtigten zu. Eventuell gewährte Zeiträume an unbezahltem Sonderurlaub gemäß Artikel 4, Absatz 2 des Gesetzes Nr. 53/2000 sind für dieses Höchstausmaß zu berücksichtigen. Dieser unbezahlte Sonderurlaub aus schwerwiegenden Familiengründen gemäß Artikel 4, Absatz 2 des Gesetzes Nr.

G:\2 Dienstrecht\2.2 Abwesenheiten, Arbeitszeit\Rundschreiben-Mitteilungen\Gesetz 104\Sonderurlaub Art. 42



53/2000 ist zwar für das Lehrpersonal nicht vorgesehen (dafür aber der unbezahlte Sonderurlaub aus persönlichen, familiären oder Ausbildungsgründen laut Artikel 11 der Anlage 4 des LKV vom 23.04.2003), könnte aber von Anspruchsberechtigten über andere Arbeitgeber beantragt werden und ist somit bei jedem neuen Antrag zu beachten, um das zulässige Höchstausmaß nicht zu überschreiten.

Der bezahlte Sonderurlaub gemäß Artikel 42, Absatz 5 kann durchgehend beansprucht, aber auch unterbrochen werden. Bei unterbrochenen Zeiträumen muss dazwischen die effektive Dienstaufnahme erfolgen, ansonsten wird die Zeit der Unterbrechung ebenfalls dem Sonderurlaub zugeordnet.

Während des Sonderurlaubes steht die Bezahlung entsprechend dem letztbezogenen Gehalt innerhalb des jährlich festgelegten Höchstbetrages (inklusive des Anteils für die Beitragsleistung) zu, der für das Jahr 2008 mit 41.934,23 Euro beziffert war.

Der Sonderurlaub zählt für die Pension und für die Anreifung des 13. Monatsgehaltes bzw. des Sommergehaltes, er zählt nicht für das Dienstalter, die Anreifung der Ferien und die Abfertigung.

Während der Inanspruchnahme dieses Sonderurlaubes darf keine Arbeitstätigkeit ausgeübt werden und es dürfen für die zu betreuende Person keine weiteren Freistellungen im Sinne des Artikels 33 des Gesetzes Nr. 104/1992, mit Ausnahme von Absatz 5 (näherer Dienstsitz) und Absatz 6 (Freistellung für die Lehrperson selbst mit Beeinträchtigung) des genannten Artikels, gewährt werden.

Der Sonderurlaub kann auch von Geschwistern, die in Familiengemeinschaft mit der Person mit schwerer Beeinträchtigung leben, beansprucht werden, wenn die Eltern bereits verstorben oder selbst pflegebedürftig sind.

Das Urteil des Verfassungsgerichtshofes Nr. 158 vom 8. Mai 2007 dehnt den Anspruch auf diesen Sonderurlaub auch auf die Ehepartner aus, sofern der Anspruch auf die Freistellungen gemäß Art. 33 des Gesetzes Nr. 104/1992 besteht und die Ehepartner in Familiengemeinschaft leben (siehe Mitteilung des Schulamtsleiters vom 26. Juni 2007).

Mit Urteil des Verfassungsgerichtshofes Nr. 19 vom 26. Jänner 2009 ist nun dieser Anspruch auch auf Kinder von Personen mit schwerer Beeinträchtigung ausgeweitet worden, sofern diese in Familiengemeinschaft mit der Mutter oder dem Vater leben und keine anderen geeigneten Personen die Pflege wahrnehmen können.

Mit sofortiger Wirkung kann somit auch für die Pflege der Eltern, sofern oben genannte Voraussetzungen gegeben sind, um den bezahlten Sonderurlaub gemäß Artikel 42, Absatz 5, des Legislativdekretes Nr. 151/2001 angesucht werden.

Der Arbeitgeber d.h. die Schulführungskraft ist verpflichtet, die jeweiligen Voraussetzungen für die Gewährung des Sonderurlaubes zu überprüfen, sind diese erfüllt, muss der Sonderurlaub spätestens binnen 60 Tagen ab Beantragung gewährt werden.

Die Feststellung der schweren Beeinträchtigung im Sinne der Artikel 3 und 4 des Gesetzes Nr. 104/1992 ist die Grundvoraussetzung für die Gewährung des Sonderurlaubes, die weiteren notwendigen Angaben können anhand von Selbsterklärungen gemacht werden und betreffen im Einzelnen:

- die Erklärung, dass die zu betreuende Person nicht vollzeitlich in einer entsprechenden Einrichtung untergebracht ist,



- die Verpflichtung, eine etwaige Änderung bezüglich des Schweregrades der Beeinträchtigung seitens der zuständigen Ärztekommision unverzüglich mitzuteilen,
- die Erklärung, dass keine weiteren Personen während des beanspruchten Sonderurlaubes Freistellungen im Sinne des Artikels 33 des Gesetzes 104/1992 und des Artikels 42 des Legislativdekretes Nr. 151/2001 genießen,
- dass für die zu betreuende Person kein unbezahlter Sonderurlaub gemäß Artikel 4, Absatz 2, des Gesetzes Nr. 53/2000 gewährt worden ist oder wenn ja, die Angabe der entsprechenden Zeiträume (trifft nicht für das Lehrpersonal zu, aber gegebenenfalls für Anspruchsberechtigte von anderen Arbeitgebern),
- sofern zutreffend, das Ableben der betreuten Person unverzüglich mitzuteilen,
- die bestehende Familiengemeinschaft (sofern Voraussetzung),
- dass keine anderen Personen die Pflege übernehmen können (nur für Kinder, die die Eltern pflegen),
- die fortwährende und ausschließliche Betreuung (sofern Voraussetzung).

2. Freistellungen gemäß Artikel 33, Absatz 3 des Gesetzes Nr. 104 vom 5. Februar 1992

Häufiger Gegenstand von Nachfragen ist die Anwendung des Artikels 33, Absatz 3 des Gesetzes Nr. 104/1992, der die Freistellung im Ausmaß von 3 Tagen pro Monat für Angehörige innerhalb 3. Grades von Personen mit schwerer Beeinträchtigung vorsieht. Diese Freistellung kann, in Absprache zwischen der Lehrperson und der Schulführungskraft, auch stundenweise beansprucht werden. Dabei ist folgende Umrechnung (der 3 Tage) in Stunden vorzunehmen:

- Grundschule mit Arbeitsvertrag von 22/22tel: 6 Tage = tägliches Arbeitssoll von 3,67 Stunden, multipliziert x 3 (für 3 Tage) = 11 Stunden Freistellung im Monat, 2,75 Stunden in der Woche;
- Grund-, Mittel-, Oberschule mit Arbeitsvertrag von 18/18tel: 6 Tage = tägliches Arbeitssoll von 3 Stunden, multipliziert x 3 (für 3 Tage) = 9 Stunden Freistellung im Monat, 2,25 Stunden in der Woche.

Die zwei Auffüllstunden (Differenz zu den in Artikel 5, Absatz 3 bzw. in Artikel 6, Absatz 1 genannten 20 Wochenstunden) sind im Verhältnis zur gekürzten wöchentlichen Unterrichtszeit zu erbringen.

Keine Kürzung steht für die für den Unterricht erforderliche zusätzliche Arbeitszeit der Lehrpersonen zu, da diese „bis zu 220 Jahresstunden“ nicht in den wöchentlichen Unterrichtsstundenplan eingerechnet werden.

Im Falle eines vertikalen Teilzeitarbeitsverhältnisses sind die zustehenden Tage bzw. Stunden entsprechend der Anzahl an effektiven Arbeitstagen zu gewähren. Verteilt sich die wöchentliche Stundenverpflichtung z.B. auf 4 Tage in der Woche, so stehen 2 Tage Freistellung pro Monat zu ($3:6 = x:4$), in Stunden umgerechnet also 6 Stunden ($9:6 = x:4$).



Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an die zuständigen Sachbearbeiterinnen
Frau Karin Obexer (Tel. 0471 417594) oder Frau Doris Fleischmann (Tel. 0471 417593).

Mit freundlichen Grüßen

Der Schulamtsleiter
gez. Dr. Peter Höllrigl

Anlage
Muster für Maßnahme Sonderurlaub